

BFH-Leitsatz-Entscheidungen

Heute neu:

1. **Körperschaftsteuer: Blockwahlrecht nach § 34 Abs. 7 S. 8 Nr. 2 KStG 2002 i.d.F. des Korb II-Gesetzes kein rückwirkendes Ereignis**
Urteil vom 12.07.2017, Az: I R 86/15
2. **Grundsteuer: Befreiung bei Öffentlich Privater Partnerschaft**
Urteil vom 27.09.2017, Az: II R 13/15
3. **Grundsteuer: Befreiung für erbbaurechtsbelastetes Grundstück einer juristischen Person des öffentlichen Rechts**
Urteil vom 27.09.2017, Az: II R 14/15
4. **Schenkungssteuer: Spielerüberlassung als freigebige Zuwendung an Fußballverein**
Urteil vom 30.08.2017, Az: II R 46/15
5. **Veranlagung von Ehegatten: Ausübung des Wahlrechts durch Insolvenzverwalter**
Urteil vom 15.03.2017, Az: III R 12/16
6. **Arbeitslohn: Zufluss bei Beiträgen des Arbeitgebers zu einer Direktversicherung des Arbeitnehmers**
Urteil vom 24.08.2017, Az: VI R 58/15
7. **Verdeckte Einlage: Nachträgliche Herabsetzung eines zivilrechtlich wirksam vereinbarten Ruhegehalts**
Urteil vom 23.08.2017, Az: VI R 4/16
8. **Entschädigungen: Ersatz für beliebige Arten von Schadensfolgen ist keine Entschädigung i.S. des § 24 Nr. 1 Buchst. a EStG**
Urteil vom 11.07.2017, Az: IX R 28/16
9. **Gewerbliche Einkünfte: Die Begrenzung des Ermäßigungsbetrags nach § 35 Abs. 1 S. 1 EStG ist betriebsbezogen zu ermitteln**
Urteil vom 20.03.2017, Az: X R 62/14
10. **Sonderausgaben: Abzugsfähigkeit von Schulgeldzahlungen an andere Einrichtungen i.S. des § 10 Abs. 1 Nr. 9 Satz 3 EStG**
Urteil vom 20.06.2017, Az: X R 26/15
11. **Haftungsbescheid: Einwendungsausschluss des Geschäftsführers einer GmbH bei unterlassendem Widerspruch gegen Forderungsanmeldung**
Urteil vom 27.09.2017, Az: XI R 9/16
12. **Umsatzsteuer: Vermögensmehrungen auf Leistungen an elektronisch angeschlossene**

de Belege (Rechtslage 01.01.2010 bis 29.12.2014)

Urteil vom 30.08.2017, Az: XI R 24/16

13. Umsatzsteuer-Vergütungsverfahren: Anforderungen an elektronisch vorzulegende Belege (Rechtslage 01.01.2010 bis 29.12.2014)

Urteil vom 30.08.2017, Az: XI R 25/16

Urteile und Beschlüsse:

1. Körperschaftsteuer: Blockwahlrecht nach § 34 Abs. 7 S. 8 Nr. 2 KStG 2002 i.d.F. des Korb II-Gesetzes kein rückwirkendes Ereignis

Urteil vom 12.07.2017, Az: I R 86/15

Weder die Einführung des Blockwahlrechts in § 34 Abs. 7 Satz 8 Nr. 2 KStG 2002 i.d.F. des Korb II-Gesetzes noch die entsprechende Wahlrechtsausübung stellen ein rückwirkendes Ereignis i.S. des § 233a Abs. 2a i.V.m. § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO dar.

2. Grundsteuer: Befreiung bei Öffentlich Privater Partnerschaft

Urteil vom 27.09.2017, Az: II R 13/15

1. Die nach § 3 Abs. 1 Satz 3 GrStG erforderliche Vereinbarung, dass der Grundbesitz (Grundstück im zivilrechtlichen Sinn, Erbbaurecht) am Ende des Vertragszeitraums einer Öffentlich Privaten Partnerschaft auf den Nutzer (juristische Person des öffentlichen Rechts) übertragen wird, kann nicht durch ein bloßes Optionsrecht des Nutzers auf Übertragung des Grundbesitzes am Ende dieses Zeitraums ersetzt werden.

2. Ein Grundstück, das eine juristische Person des öffentlichen Rechts unmittelbar für einen öffentlichen Dienst oder Gebrauch benutzt und das ausschließlich ihr zuzurechnen ist, ist auch dann von der Grundsteuer befreit, wenn es mit einem Erbbaurecht zugunsten eines privaten Rechtsträgers belastet ist.

3. Grundsteuer: Befreiung für erbbaurechtsbelastetes Grundstück einer juristischen Person des öffentlichen Rechts

Urteil vom 27.09.2017, Az: II R 14/15

Ein Grundstück, das eine juristische Person des öffentlichen Rechts unmittelbar für einen öffentlichen Dienst oder Gebrauch benutzt und das ausschließlich ihr zuzurechnen ist, ist auch dann von der Grundsteuer befreit, wenn es mit einem Erbbaurecht zugunsten eines privaten Rechtsträgers belastet ist.

4. Schenkungsteuer: Spielerüberlassung als freigebige Zuwendung an Fußballverein

Urteil vom 30.08.2017, Az: II R 46/15

1. Überlässt ein Dritter von ihm angestellte und entlohnte Arbeitnehmer einem Fuß-

ballverein in vollem Umfang zum Einsatz als Spieler, Trainer oder Betreuer und verzichtet er auf die Geltendmachung eines Vergütungsersatzanspruchs für die Überlassung, liegt in dem Verzicht eine freigebige Zuwendung des Dritten an den Verein.

2. Bei einer Schenkung von einer Gesamthandsgemeinschaft sind für die Schenkungssteuer die Gesamthänder als vermögensmäßig entreichert anzusehen.

5. Veranlagung von Ehegatten: Ausübung des Wahlrechts durch Insolvenzverwalter

Urteil vom 15.03.2017, Az: III R 12/16

1. Der Antrag auf getrennte Veranlagung kann auch zusammen mit einem gegen den nicht bestandskräftigen Zusammenveranlagungsbescheid eingelegten Einspruch gestellt werden.

2. Erzielt der Insolvenzschuldner nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, die nach § 35 InsO i.V.m. § 36 Abs. 1 InsO als Neuerwerb zur Insolvenzmasse gehören, ist auch ein sich insoweit ergebender, nach § 46 Abs. 1 AO pfändbarer Lohn- oder Einkommensteuererstattungsanspruch der Insolvenzmasse zuzurechnen.

3. Fällt nach Insolvenzeröffnung erzielttes Arbeitseinkommen und ein insoweit in Betracht kommender Lohn- oder Einkommensteuererstattungsanspruch als Neuerwerb in die Insolvenzmasse, steht dem Insolvenzverwalter und im vereinfachten Insolvenzverfahren dem Treuhänder für den betreffenden Besteuerungszeitraum auch die Ausübung des Veranlagungswahlrechts nach § 26 Abs. 2 EStG als Verwaltungsrecht mit vermögensrechtlichem Bezug zu (Anschluss an die BGH-Urteile vom 24. Mai 2007 IX ZR 8/06, HFR 2007, 1246, und vom 18. Mai 2011 XII ZR 67/09, HFR 2011, 1248).

6. Arbeitslohn: Zufluss bei Beiträgen des Arbeitgebers zu einer Direktversicherung des Arbeitnehmers

Urteil vom 24.08.2017, Az: VI R 58/15

1. Arbeitslohn aus Beiträgen des Arbeitgebers zu einer Direktversicherung des Arbeitnehmers für eine betriebliche Altersversorgung fließt dem Arbeitnehmer nicht schon mit Erteilung der Einzugsermächtigung durch den Arbeitgeber zugunsten des Versicherungsnehmers zu. Der Zufluss erfolgt erst, wenn der Arbeitgeber den Versicherungsbeitrag tatsächlich leistet.

2. Der Arbeitnehmer bezieht nicht laufend gezahlten Arbeitslohn (sonstige Bezüge) im Zeitpunkt des Zuflusses.

3. § 11 Abs. 1 Satz 2 EStG ist auf sonstige Bezüge nicht anwendbar.

7. Verdeckte Einlage: Nachträgliche Herabsetzung eines zivilrechtlich wirksam vereinbarten Ruhegehalts

Urteil vom 23.08.2017, Az: VI R 4/16

1. Verzichtet ein Gesellschafter-Geschäftsführer gegenüber seiner Kapitalgesellschaft

auf eine bereits erdiente (werthaltige) Pensionsanwartschaft, ist darin nur dann keine verdeckte Einlage zu sehen, wenn auch ein fremder Geschäftsführer unter sonst gleichen Umständen die Pensionsanwartschaft aufgegeben hätte.

2. Wurzelt die Zusage der Altersversorgung im Anstellungsvertrag, führt der Verzicht auf die erdiente und werthaltige Anwartschaft zu einem Lohnzufluss in Höhe des Teilwerts.

3. Insoweit handelt es sich um eine Vergütung für eine mehrjährige Tätigkeit, bei der die Anwendung der Fünftelregelung (§ 34 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 4 EStG) in Betracht kommt.

8. Entschädigungen: Ersatz für beliebige Arten von Schadensfolgen ist keine Entschädigung i.S. des § 24 Nr. 1 Buchst. a EStG

Urteil vom 11.07.2017, Az: IX R 28/16

Der Grundsatz, dass Entschädigungen, die aus Anlass der Auflösung eines Arbeitsverhältnisses gewährt werden, einheitlich zu beurteilen sind, entbindet nicht von der Prüfung, ob die Entschädigung "als Ersatz für entgangene oder entgehende Einnahmen" i.S. des § 24 Nr. 1 Buchst. a EStG gewährt worden ist.

9. Gewerbliche Einkünfte: Die Begrenzung des Ermäßigungsbetrags nach § 35 Abs. 1 S. 1 EStG ist betriebsbezogen zu ermitteln

Urteil vom 20.03.2017, Az: X R 62/14

Die Begrenzung des Steuerermäßigungsbetrags nach § 35 Abs. 1 Satz 5 EStG ist betriebsbezogen zu ermitteln.

10. Sonderausgaben: Abzugsfähigkeit von Schulgeldzahlungen an andere Einrichtungen i.S. des § 10 Abs. 1 Nr. 9 Satz 3 EStG

Urteil vom 20.06.2017, Az: X R 26/15

Die Prüfung und Feststellung der schulrechtlichen Kriterien in Bezug auf die ordnungsgemäße Vorbereitung eines schulischen Abschlusses gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 9 Satz 3 EStG obliegt nicht den Schulbehörden, sondern ist Aufgabe der Finanzbehörden (gegen BMF-Schreiben vom 9. März 2009 IV C 4-S 2221/07/0007, BStBl I 2009, 487).

11. Haftungsbescheid: Einwendungsausschluss des Geschäftsführers einer GmbH bei unterlassenem Widerspruch gegen Forderungsanmeldung

Urteil vom 27.09.2017, Az: XI R 9/16

Wird eine Steuerforderung gegenüber einer GmbH widerspruchslos zur Insolvenztabelle festgestellt, ist der Geschäftsführer der GmbH im Verfahren wegen Haftung gemäß § 166 AO mit Einwendungen gegen die Höhe der Steuerforderung ausgeschlossen.

sen, wenn er der Forderungsanmeldung hätte widersprechen können, dies aber nicht getan hat.

12. Umsatzsteuer-Vergütungsverfahren: Anforderungen an elektronisch vorzulegende Belege (Rechtslage 01.01.2010 bis 29.12.2014)

Urteil vom 30.08.2017, Az: XI R 24/16

Dem Vergütungsantrag ist i.S. von § 61 Abs. 2 Satz 3 UStDV a.F. in elektronischer Form die Rechnung "in Kopie" beigelegt, wenn das elektronisch übermittelte Dokument eine originalgetreue Reproduktion der Rechnung ist.

13. Umsatzsteuer-Vergütungsverfahren: Anforderungen an elektronisch vorzulegende Belege (Rechtslage 01.01.2010 bis 29.12.2014)

Urteil vom 30.08.2017, Az: XI R 25/16

Dem Vergütungsantrag ist i.S. von § 61 Abs. 2 Satz 3 UStDV a.F. in elektronischer Form die Rechnung "in Kopie" beigelegt, wenn das elektronisch übermittelte Dokument eine originalgetreue Reproduktion der Rechnung ist.